

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.57 Uhr
Ende: 14.00 Uhr

1) Errichtung einer Anlaufstelle zur individuellen finanziellen Unterstützung für Schulveranstaltungen

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Stadtrat! Ein Thema, an dem wir hartnäckig dranbleiben, es geht um die finanziellen Unterstützungen von Schulveranstaltungen. Hauptproblem für viele Eltern ist einfach, dass man sich doch, das muss man deutlich sagen, geniert, an der Schule selbst um Unterstützung anzusuchen. Das ist für viele etwas, zu dem sie sich absolut nicht durchringen können, die Gefahr dabei ist dann naheliegend, dass die Kinder unter Umständen nicht zum Schikurs mitfahren, nicht zur Sportwoche sich bereit erklären können. Manchmal werden sogar gesundheitliche Gründe vorgeschoben, das weiß ich aus meiner Schule auch, um nicht da in diese peinliche Situation zu geraten.

Lieber Herr Stadtrat, bereits im Februar dieses Jahres habe ich hier im Gemeinderat die Frage an Sie, an dich, gerichtet, wieweit es möglich wäre, eine solche Anlaufstelle einzurichten. Damals hast du erklärt, dass gerade Überlegungen darüber angestellt würden, diese Anlaufstelle in der Abteilung für Bildung und Integration zu schaffen, um das bereits bestehende Stützsystem, welches ja nur den Schulen offensteht, im Sinne meines Motivenberichtes zu verbessern. Inzwischen ist es aber wieder still um die Realisierung dieser Anlaufstelle geworden.

Deshalb stelle ich an Sie, an dich, lieber Herr Stadtrat, namens der KPÖ folgende

Frage:

Wie sieht das Konzept beziehungsweise der Zeitplan für die in Aussicht gestellte Anlaufstelle zur individuellen finanziellen Unterstützung für Schulveranstaltungen aus (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Andreas! Dein Anliegen ist auch mein Anliegen, das habe ich dir auch bei der letzten Anfrage so versichert. In deiner Frage sprichst du einen Punkt aus der Bildungsstrategie an. Ich habe dir auch gesagt, dass wir jetzt die Punkte der Bildungsstrategie Punkt für Punkt abarbeiten. Es ist richtig, dass wir einen One Stop planen, im letzten halben Jahr haben dazu einige Treffen und viele Gespräche stattgefunden und du wolltest konkret Auskunft haben. Es ist absolut nicht ruhig um dieses Projekt geworden, die Abteilung hat jetzt gerade einen Projektauftrag zu Papier gebracht und das Reformteam ist miteingebunden und diese Stelle soll ein umfassendes Service anbieten, das Service geht von der Kindergartenanmeldung bis hin zur Bildungsberatung und genau das Service, das du vorher angesprochen hast eben, dass man auch bei dieser Stelle um eine finanzielle Unterstützung ansuchen kann, wird es dort geben. Zum zeitlichen Ablauf möchte ich dir sagen, dass wir jetzt das nicht über das Knie brechen wollen, wir wollen das gut vorbereiten, bei dieser Bildungsservicestelle werden auch externe Player miteingebunden, das ist wichtig, dass man ein umfassendes Angebot hat, aber ich kann dir auch versichern, dass kein Kind auf der Strecke bleibt. Du hast gesagt, dass gerade zu Schulbeginn sich einige Eltern bei euch gemeldet haben, da bitte immer sofort uns das auch

weiterreichen. In meinem Büro hat sich bisher noch niemand gemeldet, das bisherige Prozedere schaut ja so aus, dass die Abteilung für Bildung und Integration den Schulen ein schulautonomes Budget bereitstellt, sollten diese Mittel nicht ausreichen gibt es die Möglichkeit, dass es eine Nachbedeckung gibt, das wird auch von einigen Schulen so in Anspruch genommen. Aber wir wollen zusätzlich in der Abteilung die Möglichkeit bieten, dazu stehe ich noch, aber da bitte ich dich auch um ein bisschen eine Geduld, ich glaube, es ist gescheit, dass das gründlich vorbereitet ist, dass es dann funktioniert.

GR. Mag. **Fabisch**: Von übers Knie brechen ist aus meiner Sicht keine Rede, denn ich habe diese Bitte schon bei deinem Vorgänger geäußert. Ich darf dich wirklich ersuchen und frage dich jetzt hier auch öffentlich, bist du bereit, dich dafür einzusetzen, dass bis zum Ende des Semesters diese finanzielle Unterstützungsschiene am Laufen ist (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Ich kann dir sogar anbieten, also das soll ja Teil dieser neuen Bildungsservicestelle sein, aber ich kann dir anbieten, dass wir auch auf der Homepage diese Information jetzt schon reinstellen, dass man auch sich direkt an die Abteilung wenden kann, das wäre vielleicht einmal der erste Schritt. Aber ich glaube, um das wirklich ordentlich bereitzustellen, dass das nachher bei dieser Servicestelle angesiedelt werden soll. Aber ja, das wird es geben.

2) Ballsportzentrum Weinzödl

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Im Juni 2013 haben wir hier in diesem Gemeinderat einen Beschluss gefasst, werden sich wahrscheinlich nicht alle erinnern können, weil wir ja viele Beschlüsse fassen im Laufe unserer Gemeinderatstätigkeit, aber damals ging es darum, das Superädifikat des Ballsportzentrums Weinzödl wieder in die Stadt zurückzuführen. Konkret haben wir es in die Stadien Graz Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH zurückgeführt. Über die bewegte Geschichte, die dem Ganzen vorausging, will ich gar nicht mehr darauf eingehen, weil ich glaube, das haben eh noch viele in Erinnerung, was da im Vorfeld über Jahre hinweg alles passiert ist. Wichtig ist es mir, dass ich noch einmal auf die Zielsetzung hinweise, die wir damals bei diesem Beschluss explizit auch im Motivenbericht festgelegt haben, und die Zielsetzung war nämlich, dass wir für Grazer Ballsportvereine, für sogenannte Randsportarten, dem Grazer Jugend- und Schulsport sowie für Grazer Hobbymannschaften eine attraktive Sportstätte schaffen wollten. Und zwar eine Sportstätte, die auch intensiv von der Bevölkerung, von diesen Vereinen angenommen wird. Das war unsere Zielsetzung. Im Motivenbericht unseres Beschlusses haben wir neun Grundbedingungen formuliert, die uns bei der Erreichung dieser angestrebten Ziele unterstützen sollte und ich werde jetzt nicht auf alle Punkte eingehen, aber einen Punkt doch hervorheben, weil er sich auf meine Frage bezieht, und zwar war der letzte Punkt, den wir dort festgelegt haben, folgender: Wir haben festgelegt, eine detaillierte Aufstellung der Jahresmietverträge und der stundenweise Vermietungen sowie der Bilanzrechnung sind jährlich in einem Informationsbericht bis Ende September, glaube ich, kann man so sehen, dass das ein Jahr ist und ich in beiden Ausschüssen jetzt Mitglied bin, sowohl im Sportausschuss als auch im Finanzausschuss und bisher noch nichts vernommen habe, noch keinerlei Information, wie es dort in diesem Sportzentrum

aktuell läuft und du ja auch neu in dieser Funktion als Sportstadtrat bist. Nutze ich eben die heutige Fragestunde, um dich noch einmal darauf aufmerksam zu machen, was wir damals in diesen Zielsetzungen als Grundbedingungen festgelegt haben und darf daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, einmal allgemein die

Frage

stellen: Wie viele Grazer Sportvereine beziehungsweise Schulklassen nutzen das Angebot, das Ballsportzentrum Weinzödl für Training oder Veranstaltungen, um sich kurz- oder längerfristig dort einzumieten (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Lieber Gerald, das werde ich sehr gerne beantworten. Aber bevor ich das beantworte, eine Einladung. Falles es dir wirklich ein Anliegen ist, dass dieser Punkt im Ausschuss auch diskutiert wird, wäre es vielleicht eine Möglichkeit gewesen, einen kurzen Anruf in meinem Büro oder beim Gerd Peinhaupt, wir hätten das natürlich gemacht, wenn du uns erinnert hättest. Aber auf diesem Weg kann ich dir das auch mitteilen, das ist gar keine Frage und wir werden das jetzt in den nächsten Jahren auch so handhaben. Kurz die Aufstellung. Derzeit gibt es sieben Fix Bucher plus mehrere Gruppen. Bisher sind keine Schulen eingemietet, derzeit ist die Auslastung rund 70 % bis 80 % zu den Kernzeiten, im täglichen Betrieb sind somit auch kurzfristige Buchungen möglich. Aber so im Detail eingebucht sind die GAK Juniors, GAK 1902, FC Dorita, der HC Graz, die Dirty Sox, unregelmäßig trainiert der SV Andritz und kleinere private Gruppen. So genau die Aufschlüsselung kann ich dir auch sagen. Die Juniors mit 14,5 Wochenstunden, GAK 1902 4,5 Stunden, der FC Dorita 1,5 Stunden, der HC Graz 2 Stunden, Dirty

Sox 3 Stunden, der SV Andritz eben unregelmäßig und das ist eigentlich so die Auflistung.

GR. Mag. **Haßler**: Wäre verwunderlich, wenn das nicht der Fall wäre, also ich habe eine. Du hast es richtig gesagt und das ist auch der Grund meiner Anfrage, weil eben auch der GAK an uns herangetreten ist und gesagt hat, die Auslastung oben ist so, dass Potential nach oben ist. Deshalb auch meine Zusatzfrage. Wie wurden die neu geschaffenen Möglichkeiten in Weinzödl bei den Grazer Vereinen und Schulen bisher beworben? Du hast selber gesagt, Schulen gibt es bisher noch nicht und welche konkreten Maßnahmen gedenkst du jetzt als Sportstadtrat zu setzen, um die Auslastung des Sportzentrums Weinzödl zu verbessern beziehungsweise zu unterstützen, dass diese besser wird? Ich denke das Stichwort Förderanreiz, Tarifgestaltung war damals eine Diskussion, ob die nicht zu hoch ist für die Grazer Vereine, also das sind so die Stichworte, die mir dazu einfallen.

StR. **Hohensinner**, MBA: Also was die Tarife betrifft, die Tarife sind die gleichen Tarife wie der Fußballverband auch anbietet, ich glaube, dass wir da in gutem Mittelfeld sind. Aber zwei konkrete Projekte, die wir planen. Ein Projekt plant die Betriebsstätten GmbH und zwar soll es einen Tag der offenen Tür geben, also der ist direkt schon in Planung dieser Tag und der soll vor allem Vereine und auch junge Leute ansprechen und zum anderen habe ich morgen einen Pilotversuch gestartet, morgen findet in Andritz der erste Sportvereinstag statt, wo ich versuche, das Vereinsangebot mit den Pflichtschülern zu vernetzen, das heißt, morgen werden 14 Vereine in der Neuen Mittelschule Andritz am Sportplatz das Angebot präsentieren und die Pflichtschüler können dieses Angebot einmal

kennenlernen und da ist auch der GAK dabei, die GAK Juniors und ich glaube, das ist eine ganz gute Sache, um das Angebot auch von Weinzödl mitzupräsentieren.

3) Restliche freie Mittel aus dem Investitionsrahmen des Stabilitätspaktes

GR. **Hötzl** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Im Rahmen der Präsentation des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2013 gaben Sie auch in der Kleinen Zeitung ein ausführliches Interview, in dem sie verlautbarten, dass der Stabilitätspakt zwischen ÖVP, SPÖ und FPÖ nach wie vor in Geltung stehe. Das von Ihnen geplante Doppelbudget für die kommenden Jahre werde ein Kompromiss sein, der nicht allen gefällt, so Sie im Interview. Im gleichen Atemzug ist auch von sogenannten budgetären „Zuckerln“ die Rede und um genau diese geht es in meiner Anfrage. Bedenkt man nun, dass im Stabilitätspakt für die Jahre 2013 bis 2017 ein fester Investitionsrahmen in der Höhe von 100 Millionen Euro für das ganze Haus Graz beschlossen wurde, so wirft dies beim verantwortungsvollen und besorgten gemeinderätlichen Beobachter eine wesentliche Frage auf, die an Sie zu richten ich die Ehre habe.

Ich stelle Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat, somit namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Wie hoch ist der Anteil jener Geldmittel, die bislang noch nicht durch gemeinderätliche Beschlüsse verplant und, und das ist das Wesentliche, und bereits tatsächlich investiert wurden (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Herr verantwortungsvoller und besorgter gemeinderätlicher Beobachter Christoph Hötzl, so steht es jedenfalls hier. Ich darf dir sehr gerne natürlich eine Antwort darauf geben. Zunächst einmal der Hinweis, dass im Stabilitätspakt, und als wir das beschlossen haben, war die FPÖ ja noch dabei, nicht 100 Millionen, sondern 590 Millionen Euro Investitionspaket vereinbart haben. 530 unmittelbar im Stabilitätspakt und 60 Millionen Euro sind durch die Übertragung von Mitteln aus dem Jahr 2012 dazugekommen. Wir haben für 100 Millionen Euro zusätzliche Gemeinderatsbeschlüsse gefasst, die sind also belegt, davon sind laut Budget für 2013 und 2014 jeweils 15 Millionen vorgesehen. Diese Summe dürfte ziemlich ausgenutzt werden, wir werden durch das Budget 2013, nach dem Budget 2014 ungefähr bei 30 Millionen liegen, 70 Millionen Euro sind noch nicht ausgegeben. Wie immer ist jetzt schon absehbar, dass sich einige Projekte verzögern werden. Unter anderem vielleicht für dich auch besonders interessant einige Projekte in der Verkehrsplanung. So ist etwa die Umsetzung der Linie 7 etwas verzögert, auch die Planung von der Südwest-Linie und auch die Planungsmittel, die genehmigt worden sind hier in diesem Paket für die Linie 3, die heute zur Diskussion stehen, ist wahrscheinlich nicht zu erwarten, dass da die Mittel jedenfalls für heuer auch schon ausgenutzt werden. Grundsätzlich, und ich denke, das ist die Absicht deiner Frage aufzuzeigen, als hätten wir keinen Spielraum bei den Investitionen und da gibt es immer wieder dieselbe Antwort darauf, für Investitionen, die für den Gemeinderat wichtig sind und die der Gemeinderat beschließt, werden wir selbstverständlich immer Investitionsmittel aus unserem Investitionspaket freimachen können. Wir können Projekte

reduzieren, wir können andere Projekte streichen, wir können auch Projekte, soweit sie nicht ohnehin verzögert werden, auf Zeit nach 2017 verschieben, also ich sehe darin einfach eine Frage, wie die politische Gewichtung ist, aber keine grundsätzliche problematische Finanzierungssituation.

GR. **Hötzl**: Danke für diese Antwort, das ist natürlich wieder alles sehr schön dargestellt. Problematisch ist es halt nur, wenn du sagst, kein Problem, wenn neue Projekte kommen, Geld ist ausreichend offenbar da und wenn es nur durch Projektverschiebungen oder Projektstreichungen quasi flüssig gemacht wird. Also in der Aussage sehe ich das schon ein bisschen, welchen Wert hat dann ein Gemeinderatsbeschluss, wo eine Investition gemacht wird, keine Ahnung, nehmen wir ein Verkehrsprojekt her, es wird ein Verkehrsprojekt beschlossen und nachher sagst du, nein das Projekt ist jetzt wichtiger, das streichen wir gleich einmal. Also diese Aussage ist aus meiner Sicht schon ein bisschen schwammig. Meine Frage jetzt wirklich, eine genannte Zahl, es geht um Investitionen, die nicht nur beschlossen, sondern bereits umgesetzt oder nicht mehr rückgängig machbar sind, wie viel freie Geldmittel von diesen 100 Millionen wirklich Investitionskapital, wenn man so will, weil du hast von 590 Millionen geredet, da sind sehr viele Investitionen, die ja sowieso fix da sind und aus Vorperioden quasi uns „aufoktroiert“ unter Anführungszeichen sind. Es geht konkret um die 100 Millionen, die vereinbart worden sind für neue Projekte (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal eine Korrektur. Du hättest mich völlig missverstanden und auch meine Gestaltungsmöglichkeiten völlig falsch interpretiert, wenn du sagst, es wird ein Gemeinderatsbeschluss gefasst und dann

wird es einfach wieder geändert und die Mittel werden für was anderes gewidmet. Wenn es einen Gemeinderatsbeschluss gibt, dann pickt der Gemeinderatsbeschluss, das ist ja völlig klar, es werden ja nicht willkürlich Gemeinderatsbeschlüsse verändert. Ich habe ausgeführt, dass auch bei den Gemeinderatsbeschlüssen, die die 100 Millionen betreffen, sich schon jetzt abzeichnet, dass manche der Projekte, die beschlossen sind, nicht in der vorgesehenen Zeit umgesetzt werden, das heißt, da ergibt sich ein finanzieller Spielraum. Dasselbe ist bei den restlichen 490 Millionen Euro, die ja die viel größere Summe sind, der Fall. Es gibt immer wieder Projekte, das liegt an verschiedenen Dingen, es liegt, was weiß ich, an Verfahren, an Grundstückbeschaffung usw., die viel länger dauern als geplant, das ist eine Möglichkeit, ein zusätzliches Projekt zu machen. Die zweite Möglichkeit ist, wenn ein Projekt gestrichen wird, ist völlig klar, dann kann es nur durch einen neuen Gemeinderatsbeschluss gestrichen werden, das ist eine völlig klare Aussage, etwas anderes kommt ja gar nicht in Frage, das wird alles hier beschlossen im Gemeinderat. Aber nochmals, durch die genannten Möglichkeiten, auch zu verschieben, auch auszudehnen usw. ergeben sich, wenn man will und wenn man die politische Priorität setzt, Finanzierungsspielräume, die dann ausgenützt werden, um die Projekte zu machen, die dann möglicherweise erst in einem oder in zwei Jahren wichtig werden. Also die Regelung ist ganz klar, wir haben 590 Millionen Euro, von den 100 gibt es Gemeinderatsbeschlüsse, auch bei den anderen 490 Millionen sind auch Gemeinderatsbeschlüsse dabei. Die werden umgesetzt, trotzdem ergibt sich eben durch Verzögerungen finanzieller Spielraum, es kann auch durchaus sein, dass es neue Gemeinderatsbeschlüsse gibt, aber die müssen hier gefällt werden und hier getroffen werden und können nicht von mir oder von irgendjemandem anderen einfach...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Habe ich schon gesagt, von den 100 Millionen sind 30 Millionen ausgegeben, 70 Millionen sind noch nicht ausgegeben (*Applaus ÖVP*).

4) Finanzierung Projektkosten Zentraler Speicherkanal

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe GemeinderatskollegInnen, werte Besucherinnen und Besucher! Kleine Vorbemerkung, man könnte glauben, dass die FPÖ erst jetzt draufkommt, wie der Stabilitätspakt steht, aber gut, sei es drum, da waren sie dabei und jetzt fragen sie, was da eigentlich passiert ist, aber der Gerhard Rüsch hat es eh klar dargestellt. Es kommt noch eine weitere Frage...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Was passiert wird? Ja das hätte man sich fragen sollen, bevor man damit anfängt, aber manche brauchen ein bisschen. Ok, die jetzige Frage geht um die Finanzierung Projektkosten Zentraler Speicherkanal, sozusagen auch in diese Richtung ein bisschen, aber konkreter. Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber

Gerhard! Die Holding Graz hat am 2. Mai 2014 die Ausschreibung der „externen Projektleitung in Verbindung mit der technisch-konstruktiven Planung, Projektleitung und Projektsteuerung für die Errichtung des BA 72“ ausgeschrieben. Also hier geht es nicht um die Planung eines Speicherkanals, sondern um die Errichtung. Das Ende der Ausschreibungsfrist war im Juni, Vertragslaufzeit sollte schon begonnen haben.

Es ist also davon auszugehen, dass die Holding bereits einen Auftrag über – meiner Schätzung nach mindestens mehreren zig-tausend Euro, wahrscheinlich 100.000 Euro – vergeben hat oder vergeben wollte, ohne dass die notwendige Projektkontrolle durch den Stadtrechnungshof begonnen hat. Und natürlich auch ohne Beschlussfassung im Grazer Gemeinderat, weil wir haben an sich nur die Planung freigegeben und nicht die Errichtung. Die Details zu diesem Auftrag werden wir natürlich in den zuständigen Gremien erfragen, vielleicht kannst du heute auch ein bisschen was dazusagen, ich darf ja nur eine Frage stellen, deswegen habe ich es etwas anders formuliert, aber uns würde natürlich hier einiges interessieren.

Hier und jetzt interessiert mich jedoch vor allem die langfristige Investitions- und Budgetplanung der Stadt Graz. Bekanntlich wurden die bis 2017 vorgesehenen Investitionsmittel bereits zur Gänze verbraucht beziehungsweise für konkrete Projekte reserviert, wir hörten es gerade. Für sehr wichtige Investitionsprojekte, wie zum Beispiel Ausbau der Grazer Schulen, dringend notwendige ÖV-Maßnahmen, ich meine bei den Schulen Paket 2 und 3, eines ist beschlossen und der Ersatz der abgastechisch völlig veralteten Euro-3-Busse, für die Mittelteile der Straßenbahnen, überall fehlt uns dringend Geld. Einige der Projekte diskutieren wir gerade, da können wir vielleicht noch was umschichten usw. aber wir wissen, es fehlt uns überall. Trotzdem schreibt die Holding die Projektleitung für den Zentralen Speicherkanal - ein rund 50 Millionen Euro teures und politisch sehr umstrittenes Projekt - aus, was eigentlich im Zusammenhang mit der Errichtung der Murstaustufe Graz steht.

Deshalb stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs an dich folgende

Frage:

Wie hoch sind die in der langfristigen Investitionsplanung des Hauses Graz eingestellten Projektkosten für das Projekt „BA 72 Zentraler Speicherkanal, Abschnitt Hortgasse bis Radetzkybrücke“?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Klubobmann, es sind aus meiner Sicht zwei Fragen, die da wichtig sind und auf die ich gerne Antwort geben möchte. Das Erste ist die Frage, weshalb die Holding eine Projektsteuerung für die Errichtung mitausschreibt für den Zentralen Speicherkanal, nachdem hier noch kein Beschluss gefasst worden ist. Ich denke, dass das relativ leicht und plausibel zu beantworten ist. Die Holding hat ja, wie du erwähnt hast, nicht nur die Projekterstellung für die Errichtung, sondern auch eine Reihe von Planungen zu diesem Projekt ausgeschrieben und die Holding hat festgestellt, dass es insgesamt zu einem günstigeren Angebot kommt, wenn die Projektsteuerung für die Errichtung mitausgeschrieben wird. In der Ausschreibung ist aber ganz klar festgehalten, dass die Projektsteuerung für die Errichtung optional ist, das heißt, die Holding ist nicht an die Vergabe dieses Teils der Ausschreibung gebunden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), unter anderem eben deshalb oder vor allem deshalb, weil eben über die Errichtung noch kein Beschluss gefasst ist. Ich denke, dass diese Vorgangsweise durchaus in Ordnung ist und eben möglicherweise auch mit einer Kosteneinsparung, so wie es die Holding sieht, verbunden ist. Damit ist auch deine Hauptfrage erläutert. Es gibt selbstverständlich seit vielen Jahren intensive Gespräche zwischen Holding und zwischen der Estag über den Zentralen

Speicherkanal der in der Realisierung sehr stark mit dem Murkraftwerk zusammenhängt. Es gibt aber keinen, auch gegenüber anders lautenden Meldungen in den Zeitungen, es gibt keinen fixen Baubeschluss dafür und solange es keinen fixen Baubeschluss dafür gibt, ist auch das Finanzressort jedenfalls nicht damit beauftragt, dafür eine Finanzierung zu sichern. Die Gründe, wieso es bis jetzt zu keiner Realisierung gekommen ist, sind ja klar, das waren eben letztlich wirtschaftliche Gründe und da hat sich ja an der Situation an den Rahmenverbindungen nichts geändert. Das Projekt ist für die Estag wirtschaftlich nur schwer darzustellen. Sobald sich abzeichnet, dass wirklich die Projektrealisierung kommt und auch im Gemeinderat, es muss ja der Gemeinderat auch entsprechende Beschlüsse fassen, das dann umgesetzt wird, wird genau die Aufgabe bestehen, die ich vorhin genannt habe, es ist klar, die Stadt ist im Speicherkanal im Zusammenhang mit dem Murkraftwerk und es wird dann Aufgabe sein, falls dafür noch Mittel bis zum Jahr 2017 fällig werden diese in unseren Investitionsplan einzuplanen. Ich gehe davon aus, das ist eine Prognose, zugegeben, dass der Gemeinderat wahrscheinlich der Auffassung sein wird, dass diese Investition dann umzusetzen ist und dann müssen wir es eben in den Investitionsplan einbauen.

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Und zwar, du hast erwähnt, es ist optional die Projektsteuerung, so klar war es in der Ausschreibung nicht drinnen, aber sei es drum. Ich hoffe, dass der Auftrag entsprechend vergeben worden ist. Die Zusatzfrage wäre, ist bereits der Auftrag für die Planung extern vergeben worden, also jener Teil, wo du meinst, dass es vergeben wird und wie teuer er ist, wenn wir etwas planen, wo man doch davon ausgehen kann, dass man es in den nächsten fünf Jahren nicht finanzieren können. Wieviel Geld gibt hier die Holding für die Planung aus, wieviel hat sie selbst schon verbraucht, weil es gibt einen alten

Gemeinderatsbeschluss, dem wir nicht zugestimmt haben, wo 970.000 Euro für diese Planung vorgesehen sind, gibt es da Zwischenstände, was kostet denn diese Planung?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Kann ich dir genaue Auskunft geben, der Gemeinderatsbeschluss ist vom 9.6.2011, es wurden 970.000 Euro im Gemeinderat bewilligt für diese Planungen. Bis jetzt oder der Teil, der jetzt zur Diskussion steht, kostet 193.000 Euro und die zusätzlich angebotenen Leistungen für eine mögliche Abwicklung sind bei 385.000 Euro. Das ist ein sehr, sehr günstiger Preis für die Planung, für die Errichtung, weil sie sich im Bereich, wenn man von den gut 50 Millionen ausgeht, die der Zentrale Speicherkanal die Stadt kosten wird insgesamt, insgesamt kostet er ja mehr, ist es ein Bereich null Komma etwas Prozent, ist ein sehr, sehr günstiger Tarif. Ist also durch den Gemeinderatsbeschluss gedeckt, das heißt, der Planungsauftrag, die Kosten, der Preis, den die Holding dafür zahlt, ist voll im Gemeinderatsbeschluss von 2001 gedeckt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte mich bei der Gelegenheit auch wieder bei unseren beiden Damen bedanken, die heute in Gebärdensprache unsere Gemeinderatssitzung verständlich machen an jene Menschen, die auf der Galerie auch heute wieder teilnehmen. Herzlich willkommen auch im Übrigen, danke für Ihr Interesse (*allgemeiner Applaus*).

5) Sperrstunde

GR. **Pacanda** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, liebe Frau Stadträtin, liebe Elke! Die Geschichte rund um die Sperrstunde ist eine lange, die der eine oder andere vielleicht sogar live mitbekommen hat vor Ort. Angefangen hat das Ganze 2010 mit etlichen Problemen, glaube ich, die dann auch direkt vor Ort waren, einerseits mit Anzeigen, mit zu lauten Gästen auf der Straße. 2012 wurde dann eine dementsprechende Sperrstunde beschlossen, 2013, wo dann, glaube ich, die erste Umsetzung begonnen hat, hat es dann auch relativ lautstarke Proteste direkt auf der Straße in der Nacht gegeben, die man dann auch in den Zeitungen anhand der Bilder verfolgen hat können. Und jetzt ist das Thema wieder da eigentlich aufgrund natürlich einer Ankündigung eines Lokales, das eben bekanntgegeben hat, es wird jetzt Konsequenzen ziehen müssen und dementsprechend das Lokal schließen. Es ist natürlich auch in den Medien sehr stark diskutiert worden und wir sind natürlich eine Universitätsstadt und es muss irgendwas in der Richtung natürlich für die Studenten auf der einen Seite geben, auf der anderen Seite muss es natürlich für die Bewohnerinnen und Bewohner auch lebensfähig bleiben und daher richte ich die

F r a g e

an dich: Welche Maßnahmen sind deinerseits in nächster Zeit geplant, um hier zu einer für alle zufriedenstellende Lösung zu kommen?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Philip! Bevor ich ganz konkret auf deine Frage antworte, ist es mir wichtig auch in dem Zusammenhang, weil ja wirklich, wie du sagst, sehr viel geschrieben wurde und zwar viele Jahre hindurch und auch immer wieder in den Medien zu lesen ist, dass man Bescheid weiß über die Rechtslage und auch die Zuständigkeiten, wer für was überhaupt da zuständig ist in diesen Fragen. Wichtig ist einmal zu wissen, dass die Gewerbeordnung ermächtigt den Landeshauptmann, in dem Fall den Landeshauptmann Voves, zur Erlassung einer Verordnung mit der Aufsperrstunde und auch mit den Sperrstunden festgelegt wird. Das heißt, laut § 1 dieser Sperrzeitenverordnung wird festgelegt, wie die Sperrstunde eben für Bars, Cafés, Diskotheken oder Nachtclubs aussieht und die wird eben mit 5.00 Uhr festgelegt. § 2 legt die Aufsperrstunde fest, die ebenfalls bei uns in der Steiermark, weil das gilt ja steiermarkweit, ebenfalls mit 5.00 Uhr festgelegt wird. Das heißt, wir haben in der Steiermark eine 24-Stunden-Öffnungszeit, das ist ein Faktum, das ist wichtig das zu wissen. Im § 113 Abs. 5 in der Gewerbeordnung, das ist nämlich immer wichtig, das habe ich mir sagen lassen, die Paragraphen genau zu kennen und das ist wichtig, dieses Muss, es ist keine Kann-Bestimmung, sondern muss die Gemeinde bei Vorliegen von sicherheitspolizeilichen Bedenken die Sperrstunde vorverlegen. Diese sicherheitspolizeilichen Bedenken wurden von der Grazer Polizei wiederholt festgestellt, sodass die Sperrstunde für bestimmte, nicht für alle, aber für bestimmte Lokale in diesem Gebiet, also im Uni-Viertel, mit 2.00 Uhr festgelegt wurde. Rechtsmittel von Betreibern, die ihnen selbstverständlich zustehen, führten dazu, dass die Entscheidungen der Stadt Graz bis jetzt auch vor dem Verwaltungsgerichtshof standgehalten haben und dass ist sozusagen der Status quo. Wenn ein einzelner Betreiber daraus sozusagen für sich jetzt diese Konsequenz zieht, dann ist das, ich sage jetzt, bedauerlich, aber das ist jetzt ein anderes Kapitel, aber so ist die Rechtssituation. Und hier müssen die Stadt Graz und die Behörde auch handeln, weil würden wir das nicht tun, würde ich als Stadtsenatsreferentin einen Amtsmissbrauch machen. Mit einem Wort, um hier

etwas zu ändern und das ist jetzt auch deine Frage ganz konkret, bedarf es entweder einer Änderung der Gewerbeordnung oder, was aus meiner Sicht naheliegender wäre, eine Sperrzeitenverordnung durch den Landeshauptmann. Genau ist das, was wir derzeit und wir, da erlaube ich mir jetzt den Herrn Bürgermeister miteinzubeziehen, genau überlegen und in Betracht ziehen, das muss aber auch sozusagen braucht gewisse Prüfungen, wir brauchen da auch das Land und es muss eine Lösung sein, die für alle letztendlich, für die Wirte, für die Bewohner und letztendlich auch für die Gäste der Wirte, eine brauchbare und gute Lösung ist. Wir wollen da niemanden vertreiben und schon gar nicht Graz als Verbots- oder tote Landeshauptstadt sehen, das ist weder das Ziel von mir, geschweige denn von den Behörden gewesen. Vielleicht noch zu erwähnen, 2011 hat der Gemeinderat hier schon einmal eine Petition einstimmig an das Land Steiermark genau in diesem Sinne gestellt, wir haben nur damals eben bis heute keine Antwort erhalten, deshalb ist es auch gut, dass der Herr Bürgermeister diesbezüglich auch wieder Kontakt aufgenommen hat und wir werden den Gemeinderat und die Kollegen der Stadtregierung dann bei entsprechender Zeit darüber informieren (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda:** Danke auf jeden Fall einmal für die rechtliche Aufklärung, weil das war mir jetzt auch nicht so bewusst und wahrscheinlich den Anwesenden jetzt auch nicht so, wie das genau rechtlich ausschaut. Ich hätte jetzt aber eine gezielte Zusatzfrage, die sich jetzt auch auf deine Beantwortung bezieht. Wie du eben sagst, 2011 hat man bereits eigentlich schon mit dem Land gesprochen, jetzt ist 2014, jetzt sind nächstes Jahr Gemeinderatswahlen, es sind dann Landtagswahlen in der Steiermark, wo ich jetzt einfach vermute, da wird sich jetzt keiner wahrscheinlich über Sperrzeiten drübertrauen, vermute ich einfach einmal. Das heißt, da könnten jetzt theoretisch ein/zwei Jahre vergehen, bis irgendwas passiert

und meine Vermutung und Befürchtung ist jetzt einfach, das betrifft ja aktuell nicht nur das Kottulinsky, sind ja etliche andere Lokale, die auch in dieses Raster da hineingefallen. Hast du andere Vorschläge auch, wie man jetzt im Endeffekt diese akute Situation, die sich jetzt vielleicht in den nächsten zwei/drei Jahren durchziehen könnte, natürlich für die Lokalbetreiber einerseits, aber eben auch ganz wichtig für die Bewohnerinnen und Bewohner irgendwie zu einer Lösung führen könnten, wo man sagt, ok, da schaffen wir gemeinsam vielleicht was, wo man sagt auch Uni-Viertel-Party-Volk lebt zusammen mit ganz normalen Menschen und ich weiß nicht, einen runden Tisch oder Ähnliches, ich weiß nicht, was man machen könnte, ich habe selber nicht so die absolute Idee, aber vielleicht hast du da eine.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Absolute Lösungen wird es sowieso keine geben, ich sehe das nicht so pessimistisch wie du, für die Nichtbeantwortung durch das Land Steiermark im Jahr 2011 kann jetzt die Stadt Graz nichts dafür, das muss man so sagen und ich glaube auch gar nicht, dass das jetzt ein Nichtwollen ist, sondern man hat eben gedacht, dass sich sozusagen vielleicht mit den jetzigen Gepflogenheiten vielleicht sich das wieder einrenkt. Ich glaube, dass man es zuwenig ernst genommen hat. Insofern bin ich froh durchaus, dass es diese Diskussion jetzt gibt, weil das Thema jetzt einfach nicht mehr so leicht vom Tisch zu wischen ist, es ist ein Handlungsbedarf. Wien hat diesbezüglich eine Lösung gefunden und ich denke, dass wir diesbezüglich auch in Graz eine Lösung finden werden (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich erlaube mir, ein paar Anmerkungen zu machen. Nachdem ich gerade heute wieder eine Kollegin und einen Kollegen hier angelobt habe im

Gemeinderat, haben mir auch alle Personen, die hier auf der Stadtsenatsbank oder im Gemeinderat sitzen, in die Hand versprochen, die Gesetze der Republik treu zu beachten. Und ich möchte das deswegen sagen, weil es gerade auch in der Situation sehr, sehr oft dazu kommt, dass Gesetze nicht eingehalten werden und ich bedaure es zutiefst, dass auch jetzt anlässlich der Diskussion im Gemeinderat auch so gut wie keine Journalistinnen und Journalisten anwesend sind, weil sie auch ununterbrochen eine Berichterstattung in den Medien zustande gebracht haben, und die wahren Hintergründe und Problemstellungen, die wir hier zu bewältigen haben, nicht richtig transportiert haben. Es ist ein Verwirrspiel und viele Jugendliche glauben, dass die eine oder der andere in der Regierung oder hier im Gemeinderat eine Lust daran verspürt, irgendjemanden zu schikanieren, zu ärgern oder gar auch im Uni-Viertel in einer Universitätsstadt kein Universitätsleben, Studentenleben zuzulassen. Ich möchte klar betonen, dass wir zum Teil fehlende Genehmigungen haben, dass wir Übertretungen haben, die wir zu ahnden haben und wo wir verpflichtet sind, es zu tun. Wir versuchen ununterbrochen mit der zuständigen Bundesbehörde, die für die Sicherheit und Ruhe und Ordnung auf den Straßen zu sorgen hat, ein Mehr an Polizistinnen und Polizisten zu bekommen, was auch schwer möglich ist, aber, und ich möchte das auch dazusagen, weil im letzten Gespräch, das wir gemeinsam auch mit der Polizei geführt haben, natürlich klar zum Ausdruck gekommen ist, dass auch die Beamtinnen und Beamten, die da auf der Straße in der Nacht sich einiges anzuhören haben und auch so manches erleben, nicht in der Lage sind, wenn in einem Straßenzug oder in einem Viertel zugleich tausende, ja zigtausende Menschen da sind. In dem Augenblick, wo du so viele Menschen hast, hast du von Haus aus einen Gesamtlärmpegel schon überschritten, ob dann noch die Taxis dazukommen in zweiter Spur mit laufendem Motoren, mit dem Türenknallen, mit dem Schreien, all das, das heißt, tausende Menschen machen einen Lärmpegel, dass das Öffnen von Fenstern für die Bevölkerung dort nicht mehr möglich ist, auch im Sommer nicht. Und das muss man schon auch diskutieren und es war

interessant auch bei Gesprächen mit Gastronomen, die gesagt haben, es wäre vielleicht gar nicht so schlecht, und darin liegt vielleicht eine Lösung, weil auch Weltstädte wie London es so gemacht haben, nämlich zu sagen, die Sperrstunde ist zum Beispiel 2.30 Uhr morgens und gilt vielleicht in einem gesamten Stadtgebiet. Das hieße, es ist um halb drei, ich glaube, das ist auch die Regelung, in London geht es los gestaffelt mit zwölf, zwei und ganz, ganz wenige Lokale, die dann auch geeignet sind, können länger offen haben, das bedeutet, dass es dann nicht zum Wettbewerb unter den Wirten kommt, weil manche scheren sich gleich überhaupt nichts, um es auf Deutsch zu sagen, die haben gar nicht angesucht um die verlängerte Sperrstunden, die machen einfach so wie sie wollen auf und wir haben letzten Endes da ein bisschen das Nachsehen auch in der öffentlichen Diskussion. Und weil der runde Tisch immer wieder gefordert wird, soviel Gespräche und Tische, wie wir da hatten, ich kann mich gut zurückerinnern auch einmal an die Diskussion im Hörsaal im Heizhaus, glaube ich, war es der Universität oder im Hörsaal A , jetzt weiß ich es gar nicht mehr, aber es waren damals weit mehr als hundert Bewohnerinnen und Bewohner da und ich kann mich auch noch gut erinnern, das ist fast eskaliert dort und auch die Studentenvertreterinnen und -vertreter haben sich dort gar nicht mehr zu Wort gemeldet, weil sie mitbekommen haben, wie die Menschen dort vor Ort unter all dem, was sie da, vor allem in der Nacht, erleben müssen, einfach nicht mehr können und auch nicht mehr diskutieren wollen. Wir hoffen, dass wir da mit dem Land vielleicht einen Schritt weiterkommen. Ist aber eine ganz, ganz schwierige Materie und noch einmal, es sind auch sehr, sehr viele andere Auflagen in keinster Weise erfüllt von so manchem Gastronomen dort und das gehört halt auch einmal deutlich gesagt. Ich hoffe, es wird dann auch einmal die Rechtsmaterie gut beschrieben. Wir werden das auch einmal ganz gezielt jetzt in Richtung Medien vielleicht auch noch einmal kundtun (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

6) Topticket für Studierende

GR. Mag. **Krotzer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich darf überleiten vom studentischen Nachtleben im Uni-Viertel zu den studentischen Verkehrsermäßigungen und da ist es ja so, dass wir am 20. März diesen Jahres beschlossen haben hier im Grazer Gemeinderat eine einstimmige Petition an das Land Steiermark, die das Land Steiermark auffordert, dafür einzutreten oder dafür zu sorgen, dass das Topticket auf die steirischen Studierenden ausgeweitet wird, also das bekannte Topticket um 96 Euro, das bisher eben für Schülerinnen und Schüler beziehungsweise für Lehrlinge zur Verfügung steht und dass das eben auch den Studierenden, weil eben auch Menschen in Ausbildung, zusteht, ausgeweitet wird. Dieser Beschluss ist gefällt worden, ist dann an das Land weitergegeben worden, es hat dort weitere Anträge gegeben im Landtag sowie auch diverse Gespräche. Konkrete Ergebnisse liegen allerdings bis heute nicht vor und angesichts dessen, dass in knapp zwei Wochen auch wieder das neue Semester beginnt, drängt die Zeit, insofern habe ich an Sie, Herr Stadtrat folgende

Frage:

Welche Gespräche mit welchem Inhalt gab es von Ihrer Seite mit Vertreterinnen und Vertretern der Steiermärkischen Landesregierung im Sinne der Petition des Grazer Gemeinderates, die eine Ausweitung des Toptickets auf die Studierenden beinhaltete (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, laut Auskunft des zuständigen Amtes, Abteilung 16 – Verkehr und Landeshochbau des Landes Steiermark wurde die angesprochene Petition in der Landtagsdirektion eingebracht und dem Ausschuss Petitionen vorgelegt. Der zuständige politische Referent des Landes Steiermark Dr. Gerhard Kurzmann wurde zur Stellungnahme aufgefordert und hat diese auch zeitgerecht in die Steiermärkische Landesregierung eingebracht. Dort wurde die Stellungnahme einstimmig beschlossen und in der Ausschusssitzung vom 16.9.2014 dem Unterausschuss Jugendmobilität zugewiesen. Da seitens des Unterausschusses Jugendmobilität die Bearbeitung und Stellungnahme ausständig ist, erfolgt derzeit keine Weiterleitung der Stellungnahme an die Stadt Graz.

GR. Mag. **Krotzer**: Also das heißt, ich kann aus dem auch entnehmen, dass es von Ihrer Seite diesbezüglich ja keine Gespräche mit dem Landesrat Kurzmann gegeben hat und darf die Frage stellen, ob Sie bereit sind, dieses Gespräch nachzuholen, damit da einfach ein bisschen mehr Druck auch von Seiten der Stadt auf das Land ausgeübt wird (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, Sie vermengen hier Zuständigkeiten, auch der Herr Landesrat ist nicht in der Lage zu bestimmen, ob dieses Topjugendticket ausgeweitet wird oder nicht, das entscheidet der Landtag und deswegen ist das auch in den dementsprechenden Unterausschuss verwiesen worden (*Applaus FPÖ*).

7) Nahverkehrsabgabe – Ihre Stellungnahme

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! In meiner Frage geht es auch um ein Zuckerl, um ein sehr teures Zuckerl! Im Rahmen der medialen Berichterstattung rund um den Budgetvoranschlag für die kommenden Jahre forderte ein Mandatar für seine Zustimmung zum Budgetentwurf unter die Einführung einer sogenannten Nahverkehrsabgabe. Diese würde im Falle ihrer tatsächlichen Einführung aber eine deutliche Belastung für die Grazer Wirtschaft darstellen.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

F r a g e :

Wie stehen Sie in Ihrer Eigenschaft als zuständiger Finanz- und Wirtschaftsstadtrat zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, Frau Gemeinderätin! Zunächst, soweit ich informiert bin, fordern alle Fraktionen im Gemeinderat eine Nahverkehrsabgabe. Ich erinnere mich auch an die Forderung der FPÖ, die war allerdings schon in der letzten Periode, nach einer City-Maut, das wird meines Wissens nicht mehr gefordert von der FPÖ, aber jedenfalls auch eine Nahverkehrsabgabe. Wie Sie wissen, bemühen sich alle Parteien für die erforderlichen Aufgaben, die wir im öffentlichen Nahverkehr haben, um Zuschüsse vom Bund und vom Land. Und zwar

in gemeinsamen Petitionen, in gemeinsamen Auftritten vor den Medien, in vielen Gesprächen, die es gegeben hat, weil wir eben wissen, dass für das, was für die Stadtentwicklung notwendig ist, das ist ein Paket von Größenordnung 250 bis 300 Millionen Euro, in den nächsten Jahren wir das allein nicht schaffen können. Ich denke, dass das eine sehr wichtige Geschichte ist und ich hoffe auch nach wie vor, dass wir bei den übergeordneten Gebietskörperschaften irgendwann Erfolg haben werden. Wenn das nicht der Fall ist, dann hat die Stadt zwei Möglichkeiten, entweder sie verschiebt ihre erforderlichen Nahverkehrsinvestitionen um zirka fünf bis sieben Jahre oder wir bemühen uns um eine eigene Abgabe. Jetzt bringen Sie die Wirtschaft ins Spiel. Mir ist nicht so klar wie Ihnen, dass einfach die Nahverkehrsabgabe die schlechtere Lösung ist und zwar aus folgendem Grund. Vor allem die Innenstadtwirtschaft ist ganz, ganz entscheidend davon abhängig, wie die Zugänglichkeit ist. Wenn es uns nicht gelingt, im Laufe der nächsten Jahre die entsprechenden Nahverkehrsinvestitionen zu tätigen, bin ich fast der Überzeugung, dass das für die Wirtschaft die schlechtere Variante ist. Darüber hinaus ist auch klar, das war auch immer in den Forderungen drinnen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), dass eine Nahverkehrsabgabe steiermarkweit eingeführt werden muss und nicht nur für die Stadt Graz. Sie sehen, dass der Zusammenhang nicht so einfach ist, wie Sie es dargestellt haben, ich hoffe aber nach wie vor, dass es uns allen gelingt, die FPÖ hat auch ihren Beitrag geleistet, und dass es uns wirklich gelingt, beim Bund und auch beim Land hier auf unsere Problematik aufmerksam zu machen und dann könnte man sich durchaus auch eine Ausweitung vorstellen der Nahverkehrsinvestitionen ohne eine zusätzliche Abgabe (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Es gibt ja noch andere Wirtschaftstreibende außer die Innenstadtwirtschaft. Grazer Wirtschaftsbetriebe, die abhängig sind von ihrem

Auto, die eh schon genug Belastungen zu tragen haben, das heißt, Sie als Finanz- und Wirtschaftsstadtrat sagen, für Sie ist die Nahverkehrsabgabe das richtige Mittel?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich führe das jetzt nicht nochmals aus, was ich ausgeführt habe. Ich habe Ihnen gesagt, dass die Frage, so wie Sie sie gestellt haben, aus meiner Sicht zu billig ist. Ich denke, gerade Sie von der FPÖ können wesentlich dazu beitragen, dass wir über das Thema nicht so intensiv diskutieren müssen. Sie sind ja vertreten im Land durch Landesrat Kurzmann, immer wieder die Hinweise, dass dort kein Geld vorhanden ist, Geld haben wir alle sehr, sehr wenig. Aber wenn einem etwas wirklich wichtig ist und ich weiß eben auch, dass allen Parteien in der Stadt dieser Ausbau wichtig ist. Offensichtlich ist es eben beim Land auch dem Landesrat Kurzmann nicht in dieser Priorität wichtig, dann könnten wir darauf verzichten. Ich sage es nur noch einmal, wir sind eine wachsende Stadt, die Stadtentwicklung der Wirtschaft insgesamt, aber nicht nur für die Wirtschaft, sondern für die Bevölkerung wichtig, hängt sehr davon ab, ob die Stadt sehr zugänglich bleibt und das ist eine Frage des ÖV-Ausbaus und das ist aus meiner Sicht die entscheidende Frage und die müssen wir eben bewältigen. Ich hoffe, dass es geht mit Zuschüssen vom Land und vom Bund (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Zutiefst betrübt gebe ich bekannt, dass ich Frau Gemeinderätin Mag.^a Alexandra Marak-Fischer gehindert habe, ihre Frage zu stellen. Sie wäre schon dran gewesen, ich darf sie jetzt bitten, dass zu tun.

8) Tonnagebeschränkung für die Steinbergstraße

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Danke Herr Bürgermeister, es ist immer wichtig, dass man Dinge nachholt, wenn man sie nicht früh genug gemacht hat, dann ist es auch in Ordnung so. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates! Das Thema Deponie in Thal hat uns hier im Gemeinderat im letzten Jahr einige Male begleitet und ich denke, es gibt hier auch eine große Mehrheit unter den Mitgliedern des Gemeinderates, die eher skeptisch dieser Deponie gegenüberstehen. Es gab in den letzten Monaten, und eine wichtige Vertreterin ist ja auch heute hier, viele, viele Proteste der Bevölkerung, der Bürger und Bürgerinnen, es gibt regelmäßige Demonstrationen und Straßensperren, die sich gegen diese Deponie auch richten. Und dennoch ist es bis jetzt nicht gelungen, die Deponie in irgendeiner Weise nachhaltig zu verhindern. Eine Möglichkeit, die wir dann gesehen haben, war im März der Antrag auf eine Tonnagebeschränkung in der Steinbergstraße, die Tonnagebeschränkung hat im Gemeinderat ja auch eine große Mehrheit gefunden und dennoch konnten wir jetzt letzte Woche lesen, dass das Land, das sich mit der Prüfung dieser Tonnagebeschränkung beschäftigt hat, in einer Stellungnahme sich negativ dazu geäußert hat.

Ich darf daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio, namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion die

F r a g e

stellen: In Zusammenhang mit der eingeforderten Tonnagebeschränkung für die Steinbergstraße betreffend die geplante Baurestedeponie in Thal bemängeln

Anrainer und Anrainerinnen, dass das vom Verkehrsreferat erstellte Gutachten, das sich gegen eine solche Tonnagebeschränkung ausspricht, auf Basis der derzeit aktuellen Verkehrszählungsdaten entstanden ist, nicht aber die zu erwartende immense Schwerverkehrsbelastung berücksichtigt, die durch die Deponie droht. Ist dieser Vorwurf der Anrainer und Anrainerinnen richtig (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, mir liegen auch nur die Ergebnisse vor, die ja das Kuratorium für Verkehrssicherheit vorgelegt hat, ich weiß nicht, ob du den Bericht hast, wenn nicht, lasse ich ihn dir gerne auch zukommen. Wir haben die Antwort natürlich bekommen seitens des Landes. Also der Vorwurf, die Schwerverkehrsbelastung hätte im Gutachten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit keinen Niederschlag gefunden, entspricht nicht den Tatsachen. Das Gutachten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit berücksichtigt sehr wohl erhöhte Werte, die sich auf eine Auskunft der Abteilung 13 des Landes Steiermark, Anlagenrecht und Abfallrecht, beziehen. Hierbei wird angegeben, dass in der Baurestmassendeponie jährlich zirka 80.000 Tonnen an Baurestmassen abgelagert werden. Daraus folgt, dass bei einer durchschnittlichen Beladung von 20 Tonnen pro Lkw und bei 200 Werktagen im Jahr zirka 20 Anlieferungen beziehungsweise 40 Fahrbewegungen pro Tag stattfinden. Dies wurde im Leistungsfähigkeitsnachweis nach RVS, 3.5.2012, berücksichtigt und hierbei auch festgestellt, dass es noch Luft nach oben gibt, da im Moment nicht exakt angegeben werden kann, wie viel Fahrbewegungen tatsächlich für diese Baurestmassendeponie durchgeführt werden, also wurden diese errechneten Werte herangezogen, das ist die Auskunft, die ich erhalten habe, die sich also aufgrund dieses Gutachtens ergeben (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Danke für deine Antwort. Für mich stellt sich jetzt die Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt Graz noch und bist du bereit, auch rechtliche Möglichkeiten noch zu ergreifen oder andere Möglichkeiten, die die Stadt noch hat, zu ergreifen, um die Deponie und die Belastung der Steinbergstraße und der Anrainer und Anrainerinnen zu verhindern?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wir haben das Thema ja schon oft durchgekaut, auch im Gemeinderat und es muss mittlerweile klar sein, dass die Stadt Graz keine Rechtsmittel dagegen hat, weil die Stadt Graz auch nicht in der Lage ist, diese Entscheidungen zu treffen, weil es auf der höheren Ebene, auf der Landesebene stattfindet. Und ich darf nur seitens auch des Straßenamtes ausrichten, dass die Straßenverkehrsordnung nicht dazu geeignet ist, Mülldeponien zu verhindern, da hätte es schon anders angesetzt werden müssen und ich weiß doch, dass die Gemeinde Thal, glaube ich, SPÖ-regiert ist, also da hättet ihr schon ein bisschen früher aufwachen müssen und dort einmal intervenieren müssen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die nächsten beiden Fragen würden wir gleich gerne gemeinsam stellen, weil es dieselben Inhalte hat. Frau Gemeinderätin Daniela Grabe und Frau Gemeinderätin Mag.^a Taberhofer stellen, wenn ich so sagen darf, die fast selbe Frage an Frau Dr.ⁱⁿ Schröck.

9) Ergebnisse der Evaluierung von Mädchen- und Frauen-Beratungseinrichtungen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe BesucherInnen auf der Galerie und sehr geehrte Dolmetscherinnen, die ihre wichtige Arbeit hier übernehmen. Die Frage bezieht sich auf die Evaluierung der Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen, die wie ja bereits präsentiert wurde vor dem Sommer, schon abgeschlossen wurde. Allerdings, das habe ich jetzt diese Woche auch noch mal abgeklärt, allerdings ist den einzelnen Einrichtungen offenbar noch nicht zugegangen, wie die Evaluierung für sie speziell, also welche konkreten Ergebnisse in welchen konkreten Punkten, ausgegangen ist und das hat natürlich für alle Beteiligten Auswirkungen für ihre weitere Arbeit, für ihre Planungen und natürlich ist auch ein großes Interesse zu wissen, wie das jetzt seitens deines Ressorts bewertet wird, die Ergebnisse der Evaluierung. Ob das Auswirkungen hat auf die künftigen Budgetplanungen usw., die die Beratungseinrichtungen natürlich jetzt auch gerade schon starten, weil sie das für sich auch das 2015er-Budget inklusive der Bedeutung, wie viele Mitarbeiterinnen sie haben können usw., planen müssen und ein Teil davon ist natürlich auch die Frage, Frauenbeauftragte, die ja ebenfalls evaluiert wurde, ob es da jetzt schon Ergebnisse gibt, wie mit der Stelle dann fortgefahen wird und auch wieder wann eben die x-mal schon thematisierte Neuausschreibung der Stelle erfolgt.

Daher meine

Frage:

Wann werden die betroffenen Mädchen- und Frauen-Beratungseinrichtungen, inklusive eben der Trägerverein für die Frauenbeauftragte, über die detaillierten

Ergebnisse der Evaluierung ihrer jeweiligen Einrichtungen und über deren Auswirkungen auf ihre Budgetplanungen informiert (*Applaus KPÖ und Grüne*)?

10) Ergebnisse der Evaluierung der Fraueneinrichtungen der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher! Ich kann es ganz kurz machen, weil meine Frage tatsächlich ident ist. Die Frage betrifft auch das, wie schauen die Detailergebnisse der Evaluierung aus und auf welcher Grundlage, weil es ja auch voraussetzende Bedingungen gesehen wird, auf welcher Grundlage kommt dann wann zur Ausschreibung für die Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten (*Applaus KPÖ und Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Gemeinderätinnen, liebe Daniela, liebe Uli! Zuerst zur Frage von der Daniela, obwohl sie fast gleichlautend sind. Die betroffenen Mädchen- und Fraueneinrichtungen werden die detaillierten Ergebnisse ihrer jeweiligen Einrichtung mit den Auswirkungen auf ihre Budgetplanung in den nächsten Wochen bekommen, werden in den nächsten Wochen von mir in einzelnen Gesprächen natürlich informiert werden. Im Zuge dessen wird selbstverständlich auch ein großer oder eine große Fördernehmerin, nämlich der Grazer Frauenrat, informiert werden und dann werden wir auch mit dem Grazer Frauenrat besprechen, wie die Ausschreibung der unabhängigen Frauenbeauftragten im Detail vonstatten gehen wird. Im Grunde ist das jetzt nichts

Neues, ich habe immer gesagt, im Herbst werden die Ergebnisse vorliegen. Diese Evaluierung, die wir gemacht haben, war eine sehr genau Evaluierung und ist damit natürlich auch ein sehr umfassendes Ergebnis vorhanden, das gehört jetzt genau durchleuchtet, das gehört genau angeschaut und ich rechne damit, dass wir spätestens Mitte Oktober dann alle Fraueneinrichtungen im Detail informiert haben und damit auch die Budgetplanung für das Jahr 2015 für die Fraueneinrichtungen und damit auch für den Frauenrat beziehungsweise auch die künftige unabhängige Frauenbeauftragte klar sein sollte (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Danke für die Information, dass das bald erfolgen wird. Zusatzfrage und kleine Anmerkung, der Frauenrat ist jetzt eine der größeren Fördernehmerinnen, die 80.000 Euro bisher waren auf fünf Jahre, also gigantisch ist es nicht, aber das wissen wir alle. Die Frage ist, hältst du das für realistisch, dass heuer die Frauenbeauftragtenstelle auch wieder im ähnlichen Stundenmaß ausgeschrieben wird oder wackelt das?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Jetzt muss ich dich korrigieren, es sind 80.000 Euro nicht für fünf Jahre, sondern jährlich, weil ja die Frauenbeauftragte über den Frauenrat beschäftigt ist, über die genauen Modalitäten, wie die Frauenbeauftragte ausgeschrieben wird, werde ich ein Einzelgespräch beziehungsweise ein genaueres Detailgespräch mit dem entsprechenden Verein führen, das ist der Verein Frauenrat (*Applaus SPÖ*).